



Aarau, 3. Dezember 2020, Martin Brügger

Anhörungsantworten der SP Aargau zu den Richtplananpassungen für Deponien:

- Festsetzung Standort "Steibode" in Birrhard; als Materialabbaugebiet von kantonaler Bedeutung und als Deponie des Typs A (Richtplankapitel V 2.1, Beschluss 2.1 und A 2.1, Beschluss 2.1)
- Festsetzung Standort Deponie des Typs B, Standort "Steinbruch Mellikon" in Mellikon; (Richtplankapitel A 2.1, Beschluss 2.1)
- Festsetzung Standort Deponie des Typs A "Steindler" in Würenlos; (Richtplankapitel A 2.1, Beschluss 2.1)
- Festsetzung des Standort "Chremet" in Eiken als Deponie des Typs A und als Materialabbaugebiet von kantonaler Bedeutung (Richtplankapitel A 2.1, Beschluss 2.1 und V 2.1, Beschluss 2.1)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Aargau bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung und hält einleitend folgendes fest:

Die SP äussert sich jeweils kritisch, wenn bei neu geplanten Deponien Landschafts- und Naturwerte tangiert oder zerstört werden. Insbesondere bei jenen Deponieprojekten stösst man bei der SP auf Ablehnung, wo hinsichtlich Deponietyp oder geografischer Situation der Bedarf nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist und wo geschützte „gewachsene Landschaften“ unwiderruflich verändert und zerstört werden. Zudem ist der SP ein wichtiges Anliegen, dass die Bevölkerung nicht durch Transport-Emissionen von importiertes Deponiematerial über weite Anfahrtswege belastet wird. Der Aargau muss und darf nicht zum führenden Deponiekanton werden. Bei der Bedarfsberechnungen fehlen einerseits realistische Schätzungen hinsichtlich einer stärkeren Förderung des Recyclingpotentials. Zudem wird nie ausreichend ausgewiesen, weshalb der beträchtliche Anteil an Deponievolumen von ausserkantonalen Bauprojekten im Aargau deponiert werden soll. Kritisch ist die SP auch gegenüber der Reduktion für Landwirtschaftsflächen, selbst wenn begründet wird, dass nachher eine Rekultivierung realisiert werden kann, werden die Flächen damit für Jahrzehnte der Landwirtschaft und damit der Ernährung der Bevölkerung entzogen. Weiter wird die Möglichkeit nicht ausgeführt, dass der Bedarf an Deponievolumen bei sinkender Bautätigkeit



rückläufig sein könnte. Es wird in Frage gestellt den Volumenbedarf einfach nach vergangenen Jahren hochrechnen. Hohe Leerstandsquoten sind heute bereits Tatsache, der Bauboom könnte auch längerfristig abnehmen. Begriffe, wie z.B. „Ablagerungsnotstand“ sind in seriösen Richtplanvorlagen fehl am Platz. Legitime Tatsache ist, dass man mit Deponien Geld verdienen will. Dies ist notabene legal, aber die Opfer, respektive der Preis, den die Allgemeinheit dafür „bezahlen“ soll, verbessert in die Betrachtung einbezogen werden. Zumal ist wohl der Ablagerungspreis in Folge des ausreichenden Angebots an Deponievolumen zu tief. Das unternehmerische Denken der projektinteressierten Unternehmung darf übergeordnete Interessen nicht übersteuern: Ökoaspekte, Landschaft und Umwelt und Belastung der Bevölkerung!

Die SP begrüsst, dass der Vollzug bei der der Aushubentsorgung in Materialabbaustellen optimiert werden soll (Bericht des BVU vom 26. September 2020). Es ist heute offensichtlich, dass gewisses Deponiematerial grossflächig importiert wird; insbesondere in Grenzregionen zum Kanton Zürich. Dies betrifft hauptsächlich die Bezirke Baden und Brugg. In gewissen Regionen besteht offenbar ein Mangel an Aushubmaterial. Die Regionalität vorzuschieben ist nicht fundiert – offenbar werden Schwertransporte mit Deponiematerial sogar aus der Innerschweiz in die Regionen Baden und Brugg transportiert. Die SP schlägt vor, dass Transportdistanzen als verbindliche Kriterien in die Betrachtungen aufgenommen werden. Anerkannt wird, dass die Problematik komplex ist und dass es gilt umsichtiger zu planen. Reine Aushubdeponien bedeuten enorme Eingriffe in Landschaft und Ökosysteme – die “gewachsene” Landschaft derart zu verändern ist eine Arroganz gegenüber unserer Heimat!

Generelle Anträge:

Antrag 1: Das BVU soll strenge Kriterien ausarbeiten, nach welchen reine Aushubdeponien (ohne vorgängigen Abbau) bewilligt werden können. Dies soll aber nur der Ausnahmefall sein und nur in Regionen, welche keine Importvolumen einführen.

Antrag 2: Die Standortevaluationen sind transparent aufzuzeigen und zu veröffentlichen.



Zu den einzelnen Richtplananpassungen nehmen wir wie folgt Stellung:

(unter Berücksichtigung von generellen Kriterien, Notwendigkeit/Plausibilisierung Bedarfs, Landschaftsveränderung, Auswirkungen auf die Natur)

Standorts "Steibode" in Birrhard:

Der Regionalplanungsverband suggeriert, dass das Projekt in der Bevölkerung unbestritten sei und will das Projekt vornehmlich auch als 12-Meter-hoher Lärmwall gegen den Autobahnlärm sehen. Die Bevölkerung von Birrhard hat aber grosse Ängste hinsichtlich Emission im Zusammenhang mit der Deponie und rund die Hälfte der Bevölkerung hat sich mit Unterschrift gegen das Projekt ausgesprochen.

Gemäss den Projekt-Ausführungen stammen in der Region Baden-Brugg 2019 ca. 29 % des Auffüllmaterials aus der Region selbst (Vorjahr: ca. 34 %). Im Jahr 2019 stammten ca. 36 % des abgelagerten Aushubs aus dem Kanton Zürich, der Rest zu einem Grossteil aus den Regionen Aarau, Freiamt (je ca. 10 %) und Zurzach (ca. 5 %). Neu wurde relativ viel Material aus dem Kanton Zug angeliefert (ca. 4 %). Der Bedarf für eine reine Deponie ist nicht gegeben. Positiv zu werden ist, dass sich das Gebiet für den Kiesabbau eignet: eine Deponie wäre dann die logische Folge. Aber der Bedarf für den Kiesabbau erscheint nicht vordringlich, zumal sich in der Region (quasi in Steinwurfweite im Birrfeld) bereits viele Abbaustellen befinden. Im Bericht heisst es «mittelfristig sind in der Region Brugg noch genügend (!) Auffüllvolumen in Materialentnahmestellen vorhanden». Die Versetzung der betroffenen Hochspannungsleitung ist noch nicht geregelt. Der Bedarf ist weder durch die Botschaft noch den Planungsbericht klar nachgewiesen.

Antrag: Die Richtplan-Festsetzung ist nicht zuzustimmen.



Standort "Steinbruch Mellikon":

Selbst wenn der Bedarf an Deponien des Typs „B“ begründet wurde und sich ein solcher Steinbruch als Standort offenbar ideal anbietet, fehlt bei der Berechnung auch eine realistische Schätzung eines zukünftig vermehrten Recyclingvolumens. Die geplante räumliche Konzentration von Deponien des Typs B in dieser weiteren Region (Mellikon, Fisibach, Mönthal) ist zu hinterfragen und bezüglich Erschliessung eingehender zu überprüfen.

Die vorhandenen Inventarisierungen der vielen geschützten Amphibienarten (teilweise rote Liste) in der bestehenden Grube werden nicht erwähnt. Im Planungsbericht ist der Aspekt der Naturwerte zu dürftig behandelt. Weitere Abklärungen notwendig. Die Deponie soll darum zu heutigem Zeitpunkt höchstens als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen werden.

Antrag: Die Richtplan-Festsetzung ist nicht zuzustimmen.

Eventualiter: Die Deponie kann als «Zwischenergebnis» aufgenommen werden.

Standort "Steindler" in Würenlos:

Diese reine Aushubdeponie wird auf Grund unserer aufgeführten Grundsätze abgelehnt. Eine Festsetzung im Richtplan ist hier nicht zwingend.

Die Region Baden importiert grosse Mengen an Ablagerungsmaterial. Durch die Deponie würde die „gewachsene Landschaft dauerhaft verändert. Hohe Emissionen/Verkehr wäre die Folge. Der Bedarf ist nicht gegeben. Eine aktuelle Betrachtung hat nicht stattgefunden – das Ergebnis ist ausschliesslich auf einen zurückliegenden Auftrag des Kantons (an die RePla) zurückzuführen.

Antrag: Auf die Richtplananfestsetzung ist zu verzichten.

Eventualiter: Die Deponie kann als Vororientierung aufgenommen werden, müsste dann aber bestmöglich in die Landschaft eingepasst werden.

Standort „Chremet“ in Eiken:

Offenbar wurde Chremet bereits vor einiger Zeit evaluiert – verworfen und jetzt wieder aufgenommen.

Der 118 seitige Planungsbericht ist umfassend abgefasst. Hinsichtlich Landschaft wird folgende Aussage gemacht: „Die Landschaftskammer hat bereits durch einen früheren Kiesabbau im südlichen Bereich der geplanten Deponie eine anthropogene Veränderung erfahren. Naturnahe Elemente, welche die landwirtschaftlich monoton genutzte Ebene landschaftlich beleben könnten, fehlen.“ Dies als Begründung eine Aushubdeponie realisieren zu können ist schon sehr „flach“. Mit dieser Begründung könnte man hinsichtlich



Landschaftsaspekte fast den ganzen Kanton Aargau zu einer Aushubdeponie machen. Gemäss Kulturlandplan wird das Gebiet, auf welchem vor der Deponie, der noch vorhandene Kies abgebaut werden soll, der Landwirtschaftszone mit einer überlagerten Landschaftsschutzzone zugewiesen. Dies einfach so zu übergehen ist nicht angesagt. Obwohl vor der Deponie auf einer Teilfläche zuerst Kies abgebaut werden soll ist das Projekt weitgehend eine Aushubdeponie. Die inventarisierten gefährdeten Amphibienarten und – Biotope verlangen einen rigorosen und umfassenden Schutz. Positiv betrachten wir betreffend diesem Standort, dass die Importmengen im Fricktal nicht allzu hoch ist und dass hier zuerst teilweise Kies abgebaut werden kann. Aus all diesen Gründen und den einleitend erwähnten Argumenten drängt sich eine Richtplananpassung hier noch nicht auf

Antrag: Auf die Richtplananpassung ist zu verzichten.

Eventualiter: Die Deponie ist nur in die Vororientierung aufzunehmen.